



# Die Regierungspräsidenten in Köln während der NS-Zeit 1933 – 1945



**Verfasser**

Dr. Robert Becker

**Herausgeber**

Bezirksregierung Köln

Zeughausstraße 2-10

50667 Köln

Telefon 0221/147-0

Fax 0221/147-3185

eMail [poststelle@brk.nrw.de](mailto:poststelle@brk.nrw.de)

[www.brk.nrw.de](http://www.brk.nrw.de)

**Stand: 5/2011**

## **Inhalts- verzeichnis**

<b>Vorwort der Regierungspräsidentin Gisela Walsken</b>	<b>4</b>
<b>Vorwort des Regierungspräsidenten a.D. Hans Peter Lindlar</b>	<b>6</b>
<b>Einleitung und historischer Hintergrund</b>	<b>8</b>
<b>Etappen auf dem Weg in die Diktatur</b>	<b>12</b>
<b>Dr. Rudolf zu Bonsen Regierungspräsident 1933 – 1934</b>	<b>14</b>
<b>Rudolf Diels Regierungspräsident 1934 – 1936</b>	<b>22</b>
<b>Eggert Reeder Regierungspräsident 1936 – 1945</b>	<b>32</b>
<b>Literatur</b>	<b>42</b>

## Vorwort der Regierungspräsidentin Gisela Walsken



Die Geschichte des Regierungspräsidiums in Köln läßt sich nicht losgelöst von der nationalsozialistischen Zeit betrachten. Aus dieser Geschichte lernen zu wollen, bedeutet auch, den Willen zu haben, Fehler und Fehlentwicklungen zu erkennen nicht zu wiederholen und es jetzt und in Zukunft besser zu machen. Nur wer seine Vergangenheit kennt, wer sich bewußt erinnert, kann die Zukunft meistern.

In eindrucksvoller Weise beschreiben die Ausführungen von Dr. Robert Becker die Verstrickungen der ehemaligen Regierungspräsidenten Rudolf zur Bonsen, Rudolf Diels und Egbert Reeder in die Zeit des nationalsozialistischen Unrechtes.

Mit diesem Wissen übernehmen wir nicht nur die Verantwortung dafür, dass das Erinnern nicht aufhören darf, sondern auch die Verpflichtung dafür, unseren eigenen Blick und den aller anderen dafür zu schärfen, dass eine solche Zeit niemals wiederkehren darf. Die Erfahrung der nationalsozialistischen Zeit verlangt für alle Zeit von uns, wachsam zu sein

und nicht abzuwarten, ob eine Katastrophe vielleicht ausbleibt, sondern zu verhindern, dass sie überhaupt eintritt. Diese Wachsamkeit ist durch nichts zu ersetzen. Das ist vielleicht die größte Aufgabe, für uns, besonders für Politiker aber auch für Eltern und Erzieher. Ich bin durchaus optimistisch, dass das gelingen wird, getragen von unserem ständigen Willen, zum Hinterfragen. Man ist nicht nur verantwortlich für das, was man tut, sondern auch für das, was man geschehen lässt. Wer es zulässt, dass anderen die Würde genommen wird, der verliert am Ende die eigene Würde. Frei können wir nur gemeinsam sein. Freiheit funktioniert nicht, wenn der Einzelne immer nur Rechte für sich in Anspruch nimmt und immer mehr Verantwortung den anderen aufbürdet - ob nun dem Staat oder einer anonymen Gesellschaft. Ohne den Einsatz des Einzelnen für die Gemeinschaft ist auf Dauer jedes Gemeinwesen überfordert.

Meine Vorgänger Jürgen Roters und Hans Peter Lindlar haben die Auseinandersetzung mit diesem Thema angeregt und begonnen. Heute machen wir einen großen Schritt zur Aufarbeitung unserer eigenen Geschichte.

Wir können mit Zuversicht in die kommende Zeit gehen. Sie wird einer Generation gehören, die ihre Vergangenheit annimmt und gerade deshalb selbstbewusst in die Zukunft geht. Einer Generation, die das wichtigste Erbe antritt, das wir ihr vermachen können: Würde des Einzelnen, Freiheit, Demokratie.

Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die sich in besonderer Weise an der Aufarbeitung dieses so wichtigen Themas beteiligt haben. Mein besonderer Dank gilt meinen beiden Vorgängern im Amte und Herrn Dr. Robert Becker für die fachliche Aufarbeitung der Broschüre.



## Vorwort des Regierungspräsidenten a.D. Hans Peter Lindlar



Bei einem meiner gelegentlichen Streifzüge durch das Gebäude der Bezirksregierung an der Zeughausstraße stieß ich einige Zeit nach meiner Amtsübernahme auf die „Ahnentafel“ der Regierungspräsidenten. In einem großen braunen Holzrahmen hingen die Porträts aller Amtsinhaber seit 1816 in der 2.Etage zwar nahe dem Eingang zum Plenarsaal, aber so versteckt, dass sie anlässlich der gelegentlichen Nutzung des Saales durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder auch Gäste des Hauses dem ein oder anderen nur durch Zufall ins Auge fallen konnten. Der Anblick meiner gerahmten Vorgänger machte mir zum einen die notwendige Ergänzung der Darstellung durch das Bild meines Vorgängers Jürgen Roters bewusst, das zum damaligen Zeitpunkt noch fehlte. Nicht unbeeindruckt von der weit in die Geschichte zurückreichenden Tradition des Amtes und der Behörde hielt ich zudem einen Wechsel der Erinnerungstafel aus ihrer Abseitsposition auf einen sichtbareren Platz im Gebäude für angemessen, der im Treppenhaus auf der Stirnwand zum Flur des Regierungspräsidenten gefunden wurde.

Am meisten trieb mich aber die Tatsache um, dass die drei Amtsinhaber der nationalsozialistischen Zeit 1933–1945 in die lange Reihe der Regierungspräsidenten in Kaiserreich und Republik in Wort und Bild gleichwertig und kommentarlos eingeordnet waren. Dies zu ändern, trug ich die Angelegenheit der Abteilungsleiterrunde vor. Dankenswerterweise erklärte sich Herr Dr. Robert Becker, damals Leiter der Abteilung 2, spontan bereit, sich der historischen Aufarbeitung der Rolle der Regierungspräsidenten in der Nazi-Zeit anzunehmen. Dies fand ungeteilte Zustimmung, hatte er doch zahlreiche Abteilungsleiterbesprechungen durch ebenso zutreffende, wie launige und von großer Sachkenntnis geprägte historische Exkurse zugleich aufgelockert und bereichert. Wir hielten es für richtig, die „andere Zeit“ durch ein kleineres Bildformat der Amtsinhaber bewusst zu machen, das zugleich Platz für eine Kurzdarstellung ihres Funktionierens im NS-Regime ermöglichen sollte.

Bei der Abstimmung der Textvorschläge wurde schnell klar, dass diese Kurzkomentare allein der historischen Situation nicht gerecht werden konnten. Deshalb entstand der Wunsch nach einer ergänzenden Schrift, die Dr. Becker auf der Grundlage seiner vielfältigen Materialien verfassen sollte, um schließlich eine Gesamtschau des Wirkens der Kölner Regierungspräsidenten im sogenannten Dritten Reich der Mitarbeiterschaft, aber auch der interessierten Öffentlichkeit übergeben zu können. Die Fülle der Arbeit, der sich Dr. Becker dankenswerterweise auch nach seiner Pensionierung nicht entzog, sondern mit noch größerem Engagement widmete, hat den Abschluss des Projekts verzögert. Umso gespannter bin ich jetzt auf das Ergebnis und die Reaktionen darauf.

*Hans Peter Dr. Eller*

## Einleitung und historischer Hintergrund

Wenn man 1943 geboren ist, prägen die nationalsozialistische Diktatur und ihre Folgen das Leben.

Anfang der 50er Jahre, unsere ersten Schuljahre, nahmen wir vor allem die Zerstörung unserer Heimatstadt Köln wahr. Im näheren persönlichen Umfeld bedeutete dies: Wir spielten oft in Trümmergrundstücken, gefährlich, aber von makabrem Reiz, und unser Schulweg war weit, weil die vorörtliche Volksschule noch nicht wiederaufgebaut war. Über die „Nazizeit“ wurde nicht viel gesprochen, sie schien wie eine große dunkle Wolke, die über das Land gekommen war, es zwölf Jahre verdunkelte und, als sie abzog, zertrümmert zurückließ.

Erst um die Wende der 50er zu den 60er Jahren, als die ersten Prozesse gegen KZ-Aufseher und Mitglieder von SS-Einsatzgruppen in der Bundesrepublik, der Eichmann Prozess in Jerusalem stattfanden, als Erwin Leisers Film „Mein Kampf“ in die Kinos kam, brach die öffentliche Diskussion auf. Wie die Diskussion seitdem nicht aufgehört hat, die Aufarbeitung der NS-Diktatur immer noch nicht ganz abgeschlossen ist, hat mich die Frage nicht mehr losgelassen: Wie konnte das in unserem Land geschehen, die Errichtung einer Diktatur mit ihren grauenvollen Verbrechen und den schrecklichen Folgen des von ihr ausgelösten Krieges?

Persönliche und berufliche Erfahrungen verstärkten den Drang, sich mit dieser Problematik zu beschäftigen, eine Israel-Reise, die Mitgliedschaft in der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und

die Leitung des Dezernats „Wiedergutmachung“ in der Bezirksregierung Köln von 1981 bis 1984.

Dabei gerät auch die Behörde, in der ich den überwiegenden Teil meiner Dienstzeit gearbeitet habe, in den Blick, und, sichtbar gemacht durch die „Bildergalerie“ im ersten Stock des Hauptgebäudes, auch die drei von den Nationalsozialisten eingesetzten Regierungspräsidenten Rudolf zur Bonsen, Rudolf Diels und Eggert Reeder.

Die folgenden Texte über sie geben nicht nur die äußeren Stationen ihres Lebenslaufs wieder. Sie versuchen auch aufzuhellen, warum sie zu Regierungspräsidenten bestellt wurden und welchen Anteil sie an den Untaten des nationalsozialistischen Regimes hatten. Denn jeder von ihnen steht für einen bestimmten Anteil nationalsozialistischen Unrechts:

Rudolf zur Bonsen für die Kirchenpolitik und die Beschränkung kirchlicher Rechte, Rudolf Diels für die Verfolgung politischer Gegner, Eggert Reeder für Besatzung und Judenverfolgung in Belgien.

Der biographische Ansatz konzentriert den Blick auf die Personen, die Behörde insgesamt tritt zurück. Rolle und Tätigkeit der Bezirksregierung im „Dritten Reich“ stellen einen Forschungsgegenstand für sich dar.

Der biographische Ansatz ist deshalb aber keine Verengung des Blicks. Alle drei Behördenleiter waren jeweils auch Teil einer Großorganisation und eines Systems.

Losgelöst davon sind sie und ihre Handlungen nicht zu verstehen, ja nicht einmal darstellbar.

Zum besseren Verständnis und zur Vermeidung von Wiederholungen soll den Texten ein Abriss der allgemeinen Geschehensabläufe im Übergang von der Republik zur Diktatur vorangestellt werden:

Die erste deutsche Republik, die am 11. November 1918 ausgerufen und deren Verfassung im August 1919 von der Nationalversammlung in Weimar verabschiedet wurde, sahen viele Deutsche als „ein Kind der Niederlage“ an. In der Tat war sie durch den verlorenen 1. Weltkrieg, und seine Folgen, den Versailler Friedensvertrag mit den von ihm dekretierten Gebietsabtretungen, zahlreichen Beschränkungen, und Entschädigungszahlungen an die Siegermächte von vorneherein schwer belastet. Nach kurzer Blüte zog 1929 mit der Weltwirtschaftskrise, die mit dem New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929 begann, neues Unheil herauf: Banken brachen zusammen, die Arbeitslosigkeit stieg immens, die öffentlichen Haushalte wurden defizitär.

Im März 1930 brach die letzte Reichsregierung mit parlamentarischer Basis auseinander. Die folgenden Reichsregierungen wurden allein vom Vertrauen des Reichspräsidenten getragen, waren „Präsidialkabinette“.

Bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932 (Juli und November) stiegen die Stimmenzahlen für die extremistischen Parteien, KPD und NSDAP, dramatisch an. Gleiches geschah im größten Land des Reiches, Preußen, bei den Landtagswahlen im April 1932.

Die Gründe für das Anwachsen der NSDAP können nur stichwortartig angegeben werden: Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not, verletztes Nationalgefühl, Furcht vor

dem Bolschewismus, Modernisierungsangst, Sehnsucht nach einer „politischen Erlöserfigur.“

Franz v. Papen, Kanzler einer autoritär ausgerichteten rechten Reichsregierung, ließ sich am 20. Juli 1932 durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Preußen bestellen und setzte die legale, allerdings nur geschäftsführende republiktreue Regierung Braun ab. Damit fiel das letzte Bollwerk der Republik. Nach dem Rücktritt eines weiteren „Präsidialkabinetts“ Ende Januar 1933 schien es, sollten ein autoritäres Regime oder eine Militärdiktatur gar vermieden werden, nur die Möglichkeit einer (Präsidial-)Regierung unter Einschluss der Nationalsozialisten zu geben. In dieser Situation ernannte am 30. Januar 1933 Reichspräsident v. Hindenburg, entsprechend beraten von seiner engeren Umgebung, den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler, Papen Vizekanzler einer Koalitionsregierung ohne parlamentarische Mehrheit aus NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei (DNVP). Nur noch zwei weitere Nationalsozialisten waren in der Regierung: Wilhelm Frick als Reichsinnenminister und der Minister ohne Geschäftsbereich Hermann Göring, der zugleich kommissarischer preußischer Innenminister und damit Herr über den größten Polizeiapparat im Reich wurde. Es war die „Geburtsstunde der Diktatur.“

Die politischen Parteien, einzelne Politiker und Interessenvertreter haben zwar auch versagt, die Weimarer Republik ist aber hauptsächlich daran gescheitert, dass die Demokratie bei der noch immer obrigkeitsstaatlich geprägten Mehrheit der Bevölkerung nicht verwurzelt war; sie war eine „Demokratie ohne Demokraten“.

## Etappen auf dem Weg in die Diktatur

1. 2. 1933

Reichstagsauflösung

4. 2. 1933

Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutze des deutschen Volkes“ erleichtert Auflösung von Versammlungen und Verbot von Druckschriften

6. 2. 1933

Auflösung des preußischen Landtags

28. 2. 1933

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (nach dem Reichstagsbrand) hebt fast alle Grundrechte auf, „ziviler Ausnahmezustand“

5. 3. 1933

Bei den Reichstagswahlen erringen NSDAP und DNVP zusammen 52 % der Stimmen, ähnliches Ergebnis bei den preußischen Landtagswahlen

23. 3. 1933

Ermächtigungsgesetz (dank der Zustimmung der bürgerlichen Parteien): Reichsregierung darf Gesetze selbst, ohne Mitwirkung des Reichstags erlassen, sogar solche die Verfassung ändernden Inhalts

31. 3. 1933

Vorläufiges Gesetz über die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (Ermächtigung für die Landesregierungen zum Erlass von Gesetzen, Zusammensetzung der Volksvertretungen der Länder wie im Reich)

7. 4. 1933

Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (Einführung von Reichsstatthaltern mit dem Recht, den Landtag aufzulösen und die Landesregierung zu ernennen)

Nach dem Verbot der KPD und Selbstauflösung der anderen Parteien:

14. 7. 1933

Gesetz gegen die Neubildung von Parteien bestimmt die NSDAP zur einzigen zugelassenen Partei

30. 6. 1934

„Röhm-Putsch“: Hitler lässt wegen angeblichen Hochverrats den Stabschef der SA und zahlreiche hohe SA-Führer, aber gleichzeitig auch andere missliebige Personen ohne Gerichtsverfahren erschießen

2. 8. 1934

Tod Hindenburgs. Hitler vereinigt in seiner Person die Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers

**Dr. Rudolf zur Bonsen**  
**Regierungspräsident von 1933 - 1934**



28. 10. 1886	geboren in Fredeburg (Sauerland)
1905	Abitur, Jurastudium in Innsbruck, Göttingen und Münster
1908	Erste Staatsprüfung in Hamm, ab
1909	Referendariat
1912	Promotion zum Dr. jur.
1914	Zweite Staatsprüfung in Berlin, dann von
1914 – 1918	Kriegsdienst
1916	Heirat mit Olga Cäcilia Margarete Schanzleh
1919	Eintritt in die preußische Innenverwaltung
1922	Ernennung zum Regierungsrat
1. 5. 1932	Eintritt in die NSDAP
22. 2. 1933	Ernennung zum Regierungsvizepräsidenten
15. 6. 1933	Ernennung zum Regierungspräsidenten
20. 4. 1934	Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
24. 4. 1934	Regierungspräsident in Stettin
16. 10. 1934	erneute Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
Okt. 1935	kommissarischer Leiter der preußischen Bau- und Finanzdirektion
9. 12. 1936	erneute Versetzung in den einstweiligen, am
31. 12. 1940	Versetzung in den endgültigen Ruhestand
18. 10. 1952	gestorben in Grainau bei Garmisch

Als der erste der drei von den Nationalsozialisten eingesetzten Regierungspräsidenten sein Amt antrat, befand sich das Deutsche Reich im Übergang zu einer Diktatur. Zur Bensen gehörte zu der sogenannten „Frontkämpfergeneration“, also den Jahrgängen, deren Leben in nachhaltiger Weise durch die Teilnahme am ersten Weltkrieg geprägt wurde, ähnlich wie die seiner Nachfolger Diels und Reeder.

Er stammte aus einer bildungsbürgerlichen Familie; seine Eltern waren der Universitätsprofessor Dr. Friedrich zur Bensen und dessen Frau Maria Elisabeth, geborene Hömberg.

Das Abitur bestand er an dem traditionsreichen Gymnasium Paulinum in Münster. Er absolvierte nun mit Studium, Referendariat und als dessen Abschluss dem Assessor-examen vor dem Landesjustizprüfungsamt in der preußischen Hauptstadt Berlin den typischen Ausbildungsgang eines deutschen Juristen.

Dann aber wurden die Zeitereignisse allein bestimmend: Als im August 1914 der erste Weltkrieg ausbrach, wurde zur Bensen als Reserveoffizier eines Artillerieregiments eingezogen. Aber schon im September wurde er so schwer verwundet, dass er nicht mehr „felddiensttauglich“ war. Wahrscheinlich hat ihn nicht nur die physische Schädigung, sondern auch deren Dauerfolge sehr getroffen. Zur Bensen wurde nun, bei einem Mann seiner Qualifikation durchaus nahe liegend, in der Zivilverwaltung des von deutschen Truppen besetzten Belgien eingesetzt, auch eine Form des Kriegsdienstes. Diese Tätigkeit war belastet und ihrerseits sicherlich auch belastend, gerade unter den gegebenen Umständen:

Der Krieg im Westen hatte mit dem deutschen Einmarsch in Belgien begonnen. Das mochte dem deutschen Feldzugsplan („Schlieffenplan“) entsprechen, war aber ein eklatanter Bruch der belgischen Neutralität, die bei der Entstehung des Staates von den Großmächten garantiert worden war. Die Deutschen griffen wegen erbitterten belgischen Widerstands und angeblicher „Franc tireurs“ (Heckenschützen) zu harten Repressalien und begingen Kriegsverbrechen. Große Erbitterung verursachte die Verschickung von belgischen Zwangsarbeitern ins Reich. Belgien war bei Kriegsende ein zerstörtes Land, das deutsch-belgische Verhältnis auf Jahre zerrüttet.

Wegen des Krieges begann zur Bonsens Berufstätigkeit mit fünfjähriger Verspätung. Ab Februar 1919 Probejusticiar beim Regierungspräsidenten Königsberg, sodann beim Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen am selben Ort, wurde er im August als Regierungsassessor in die preußische Innenverwaltung übernommen und bald darauf zum Regierungspräsidenten Köln versetzt. Dabei dürfte eine Rolle gespielt haben, dass seine Frau aus der rheinischen Metropole stammte.

In Köln wurde zur Bonsen engster Mitarbeiter des Oberregierungsrats Budding, damaliger Vertreter des Regierungspräsidenten, zu dessen Aufgaben der Dienstverkehr mit den Besatzungsmächten gehörte.

Als Budding die Behörde 1922 verließ, sollte zur Bonsen zur Regierung Aachen wechseln – als Polizeidezernent. Das scheiterte jedoch an belgischem Einspruch. Solch ein Hineinwirken in die Personalhoheit eines besetzten Landes war naturgemäß geeignet, Unmut hervorzurufen und Spannungen zu erzeugen.

Zur Bonsen blieb also in Köln, wurde Beisitzer und später Vorsitzender des Bezirksausschusses, Vorläufers der heutigen Verwaltungsgerichte.

Durch die im Oktober 1929 beginnende Weltwirtschaftskrise geriet die Weimarer Republik in eine akute Krise. Radikale Parteien hatten großen Zulauf, vor allem die NSDAP. Bei den preußischen Landtagswahlen im April 1932 steigerte sie die Zahl ihrer Mandate von 8 auf 162, während die republiktreue Regierungskoalition ihre Mehrheit verlor.

Am 1. Mai 1932 tat zur Bonsen einen für sein weiteres Berufsleben entscheidenden Schritt: Er wurde Mitglied der NSDAP. Seine Kriegs- und Nachkriegserfahrungen mögen dabei eine Rolle gespielt haben. Mit seinem Beitritt handelte er, wiewohl praktizierender Katholik, einem bischöflichen Verbot zuwider, ebenfalls einem Beschluss der preußischen Regierung von 1930, der Beamten die Teilnahme an KPD und NSDAP, die Betätigung für sie oder sonstige Unterstützung verbot.

Danach war sein Verhalten illoyal und stellte ein Dienstvergehen dar. Diese Problematik löste sich aber wieder auf, als im Juli 1932 die „Kommissariatsregierung“ Papen den Unvereinbarkeitsbeschluss aufhob, soweit er die NSDAP betraf. Dieser Schritt ließ ahnen, wohin die Reise gehen sollte.

Knapp einen Monat nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten, am 22. Februar, wurde zur Bonsen Regierungsvizepräsident. In dieser Funktion unterschrieb er die Verfügung zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens, das der aus dem Amt gejagte Kölner Oberbürgermeister Adenauer gegen sich selbst beantragt hatte.

Im April wurde der dem Zentrum angehörende Regierungspräsident Elfgen erst in den Warte- und kurz danach

in den einstweiligen Ruhestand versetzt, zur Bonsen „mit der Verwaltung der Stelle beauftragt“, bis am 15.6.1933 die definitive Ernennung folgte. Wiewohl fachlich durchaus qualifiziert, verdankte er das Amt in der damaligen Situation eindeutig seiner Parteimitgliedschaft und zudem seiner Tätigkeit in der Gauleitung Köln-Aachen als „Leiter der innenpolitischen Abteilung“.

Für ihn sprachen aber auch weitere Gründe: Gerade in Köln einen „praktizierenden Katholiken“ zu ernennen, geschah bewusst, um dem Regime bei der überwiegend katholischen Bevölkerung des Bezirks Sympathien zu erwerben. Zugleich galt es der Unruhe entgegenzuwirken, die wegen kirchenfeindlicher Übergriffe von SA und HJ entstanden war. Schließlich legte das Regime in dieser Frühphase noch Wert auf ein gutes Verhältnis zur katholischen Kirche; im April hatten Konkordatsverhandlungen mit dem Vatikan begonnen.

Andererseits zeigte der katholische Episkopat Verständigungswillen, indem er am 28. März seine früheren negativen Verlautbarungen zum Nationalsozialismus für überholt erklärte.

Zur Bonsen selbst sah seine Aufgabe auch wesentlich darin zu beweisen, Katholizismus und Nationalsozialismus ließen sich vereinbaren. Dieser Überzeugung entsprechend hat er mehrfach und auch mit Erfolg zwischen dem Kölner Generalvikariat und Parteistellen vermittelt.

Zudem versuchte er bei den Katholiken insgesamt und speziell bei einzelnen kirchlichen Persönlichkeiten für den „neuen Staat“ zu werben. Dem dienten seine Gespräche mit dem Abt von Maria Laach, Ildefons Herwegen, einem Vertreter „katholischer Reichstheologie“, und auch seine führende Mitwirkung bei der „Aktionsgemeinschaft katholischer Deutscher“, deren „Protector“ Vizekanzler Papen war.

Hervorgetreten ist diese Gruppe im Wesentlichen mit einer Veranstaltung zur Reichstagswahl im November 1933, bei der nur mehr Kandidaten der NSDAP zur Wahl standen. Zur Bensen leitete sie und Papen hielt eine groß angelegte Rede. Danach hatte die „Aktionsgemeinschaft“ ihre Schuldigkeit getan.

Als zur Bensen im Frühjahr 1934 klar wurde, dass die anti-kirchlichen Aktionen von Partei und Staat nicht aufhörten, sogar heftiger wurden, beantragte er aus Protest seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, die dann auch am 20.4.1934 erfolgte.

Um dem negativen Eindruck zu relativieren, der in der ausländischen Presse entstanden war, wurde er nur wenige Tage später zum Regierungspräsidenten in Stettin ernannt. Dort geriet er aber mit dem besonders fanatischen Gauleiter in einen heftigen Konflikt, so dass er am 16.10.1934 wieder in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde.

Im Oktober 1935 wurde er dann kommissarischer Leiter der - vergleichsweise weniger politischen - preußischen Bau- und Finanzdirektion. Aber auch da hielt es ihn nicht; abermals bat er um Versetzung in den einstweiligen Ruhestand, dem – nachdem er einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte – am 9.12.1936 entsprochen wurde.

Am 21.12. 1936 trat zur Bensen endgültig in den Ruhestand. Im Entnazifizierungsverfahren wurde er als „entlastet“ eingestuft.

Am 18.10. 1952 starb er in Grainau bei Garmisch, das seit 1937 sein Wohnsitz war.

Wie viele andere, auch viele Katholiken, selbst namhafte Theologen, hatte sich zur Bensen Illusionen über die wahre Natur des Nationalsozialismus gemacht. Vielleicht kann

man ihn deshalb „Schwarmgeist“ nennen. Ihm ist jedoch zugute zu halten, dass er immerhin Konsequenzen zog, als er seinen Irrtum erkannte. Der Preis dafür war die Zerrüttung seiner Gesundheit.

Es bleibt aber bestehen: Er hat längere Zeit Partei und Staat in höheren Funktionen gedient und so an dem Weg in die Diktatur mitgewirkt.

**Rudolf Diels**  
**Regierungspräsident von 1934 - 1936**



Foto: Bundesarchiv , Bild 183-K0108-0501-008

16. 12. 1900	geboren in Berghausen (Unterlahnkreis)
Febr. – Ende 1918	nach dem Abitur Kriegsfreiwilliger, danach Studium in Giessen und Marburg
3. 6. 1922	Erste Staatsprüfung, juristischer Vorbereitungsdienst
24. 10. 1925	Große Staatsprüfung; danach Eintritt in die preuß. Innenverwaltung
28. 3. 1930	Heirat mit Hildegard Mannesmann
10. 4. 1931	Wechsel ins preuß. Innenministerium
Sept. 1931	Ernennung zum Regierungsrat
Febr. 1933	Leiter der politischen Abteilung im Berliner Polizeipräsidium
1. 5. 1933	Leiter des Geheimen Staatspolizeiamts
29. 9. 1933	von Himmler in die SS aufgenommen
Okt. 1933	als Leiter des Amtes abgelöst
9. 11. 1933	SS – Standartenführer
18. 11. 1933	Ministerialrat und kommissarischer Polizeivizepräsident in Berlin
Dez. 1933	wieder Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes
20. 4. 1934	Regierungspräsident in Köln
24. 6. 1936	Regierungspräsident in Hannover
1. 5. 1937	NSDAP-Mitglied
20. 4. 1939	SS-Oberführer
1941	Regierungspräsident zur Disposition
15. 3. 1942	Generaldirektor der Reichswerke Salzgitter
1943	Heirat mit Ilse Göring
1944	mehrfach verhaftet, aus der SS ausgestoßen
1945	alliiertes Internierungslager, Zeuge beim Kriegsverbrecherprozess in Nürnberg
1948	Entlassung aus der Haft, im Entnazifizierungsverfahren entlastet, Regierungspräsident zur Wiederverwendung
1949	Veröffentlichung seiner Erinnerungen „Lucifer ante portas“
16. 11. 1957	in Katzenelnbogen gestorben

Rudolf Diels ist von den drei Regierungspräsidenten der „farbigste“ Charakter, eine schillernde Persönlichkeit. Mehr als die beiden anderen ist er eine Person der Zeitgeschichte; allerdings auf Grund von Tätigkeiten, bevor er Regierungspräsident wurde.

Seine Eltern waren Henriette, geb. Meyer, und der Gutsbesitzer Friedrich Diels; er entstammte also einer großagrarischen Familie. Nach dem humanistischen Abitur in Wiesbaden war er als Kriegsfreiwilliger bei einer Nachrichtenabteilung im Elsass eingesetzt. Trotz seiner Jugend gehörte er bereits zur „Frontkämpfergeneration“.

Nachdem er zunächst Medizin studiert hatte, wechselte er zu den Rechtswissenschaften. Diels wurde Korpsstudent im doppelten Sinne: als Mitglied der Studentenverbindung „Rhenania Straßburg zu Marburg“ und 1919 für zwei Monate in einem militärischen Verband – einem studentischen Freikorps, das kommunistische Aufstände bekämpfte. Dies bedeutete auch eine doppelte Prägung: gesellschaftlich und politisch.

Nach zügigem Studienabschluss und einem Jahr als Gerichtsreferendar wechselte er zum Regierungspräsidenten Kassel ins Regierungsreferendariat, welches zwar nur die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst vermittelte, aber traditionell ein größeres Prestige besaß.

Im ersten Abschnitt seiner Verwaltungslaufbahn war Diels als Regierungsassessor bei den Landratsämtern Neuruppin, Peine und Teltow tätig.

Seine Eheschließung mit einer Frau aus großbürgerlicher Familie, der Tochter eines Fabrikanten aus Remscheid, kann man als „reiche Heirat“ bezeichnen.

Seine Übernahme als „Hilfsarbeiter“ ins preußische Innenministerium war ein beruflicher „Sprung“ über die Stufe der Mittelinstanz hinweg. Nach kurzer Zeit wurde er in der „Politischen Gruppe“ der Polizeiabteilung eingesetzt und zuständig für das Aufgabengebiet „Linksradikalismus“. Dies stellte in der Endphase der Weimarer Republik, die ja durch politische Radikalisierung gekennzeichnet war, eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe dar.

Er wurde der (liberalen) Deutschen Staatspartei zugerechnet und galt als Vertrauensmann des ebenfalls dieser Partei angehörenden Staatssekretärs Dr. Wilhelm Abegg. Diese persönlich-dienstliche Verbindung zerbrach im Sommer 1932: Am 4. Juni 1932 fand zwischen dem Staatssekretär und zwei führenden kommunistischen Politikern ein Gespräch statt, möglicherweise sogar von Diels arrangiert. Abegg richtete an sie den Appell, die KPD solle sich mäßigen. Diels, der auch – passiv – teilgenommen hatte, gab Informationen darüber so an Kollegen im Ministerium weiter, dass sie zur Kenntnis der Reichsregierung gelangten. Auf deren Nachfrage bezichtigte er Abegg der Konspiration mit den Kommunisten.

Zur Begründung der Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die er am 20. Juli 1932 zum Reichskommissar für Preußen bestellt worden war, verwandte Papen auch Diels' Angaben. Das letzte Bollwerk der Republik war gefallen, und Diels der rechtsgerichteten Regierung nützlich gewesen.

Diels gehörte dann zu den ersten, die von der Kommissariatsregierung befördert wurden. Seine politische Beweglichkeit zeigte er in der Folgezeit darin, dass er nicht nur im amtlichen Auftrag, sondern auch auf eigene Initiative Kontakt zum NS-Reichstagspräsidenten Göring suchte.

Noch am Tage der „Machtergreifung“, dem 30. Januar 1933, erteilte Göring als neuer kommissarischer preußischer Innenminister Diels einen Sonderauftrag: alle kommunistischen Funktionäre zu erfassen. Überdies übertrug Göring ihm Mitte Februar die Leitung der Abteilung I A im Berliner Polizeipräsidium, die eine landesweite Zuständigkeit besaß, und machte ihn so zum faktischen Chef der politischen Polizei Preußens.

Die einsetzende Repression politischer Gegner der Nationalsozialisten verschärfte Göring durch mehrere Erlasse: er ermutigte die Polizei zu „rücksichtslosem Gebrauch der Schusswaffe“, bestellte Angehörige von SA und SS zur „Hilfspolizei“ und löste die Polizei von rechtsstaatlichen Bindungen.

In der Nacht des Reichstagsbrandes (27. / 28. Februar 1933) war Diels zusammen mit der NS-Prominenz im Gebäude, nahm die Weisungen Görings entgegen und gab die Verhaftungsbefehle gegen Kommunisten weiter.

Als faktischer Chef der preußischen politischen Polizei wirkte er in einem Arbeitskreis mit, der einen – allerdings nicht umgesetzten – Gesetzentwurf „zur Regelung der Stellung der Juden“ ausarbeitete.

Nachdem im März bis Anfang April entscheidende Schritte zur Festigung der Macht der Nationalsozialisten getan waren, ernannte Hitler Göring am 10. April zum preußischen Ministerpräsidenten und etwas später auch förmlich zum preußischen Innenminister. Maßgeblich von Göring bestimmt, verabschiedete das preußische Staatsministerium am 26. April ein Gesetz über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamtes, dem Minister des Innern direkt unterstellt. Bei den Regierungspräsidenten wurden Staatspolizeileitstellen gebildet. Am 1. Mai 1933 wurde Diels der erste Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes.

Hervorragender Organisator der er war, baute Diels die Behörde zu einem schlagkräftigen Verfolgungsinstrument aus. Zwar war ihre Zuständigkeit auf Preußen beschränkt, das nahm jedoch den größten Teil des Reichsgebiets ein. Zum Unterdrückungsapparat des Regimes gehörten ganz wesentlich aber auch SA und – noch in geringem Umfang – die SS. Vor allem die Folterkeller und Lager der SA waren Orte des Schreckens und unvorstellbar brutalen Terrors. Diels versuchte, diesem „wildem Terror“ wie auch den radikalen Vorstellungen der SS entgegenzuwirken und als Vertreter der traditionellen preußischen Bürokratie zumindest Elemente einer geordneten und rechtsstaatlichen Verwaltung zu erhalten, teilweise mit Erfolg.

So begann er im Sommer 1933 mit Görings Rückendeckung die meisten „wildem“ Konzentrationslager der SA zu schließen. Einige wurden aber in staatliche Regie übergeführt, und Diels blieb ohnehin auf Grund seiner Funktion kaum etwas anderes übrig, als mit SA und SS zusammen zu arbeiten. Das äußerte sich auch darin, dass er persönliche Verbindung zu hohen SA-Führern unterhielt und von Himmler, dem Reichsführer SS, ehrenhalber als „Obersturmbannführer“ in die SS aufgenommen wurde. Auch wenn Diels versuchte, Exzesse zu verhindern und, wie bezeugt ist, vielfach Warnungen an Regimegegner ergehen ließ und Hilfe leistete, änderte dies nichts an seiner Stellung als hoher Funktionsinhaber im Unterdrückungsapparat des „Dritten Reiches“, der politische Gegner überwachen, verfolgen und in „Schutzhaft“ nehmen ließ.

Kennzeichnend für die chaotischen Abläufe im Regime waren auch Intrigen und Machtkämpfe im Herbst 1933, nicht genau zu datieren und mit unklarem Hintergrund. Sie führten jedenfalls zur Ablösung Diels' und dessen „Flucht“ in die Tschechoslowakei. Als sein Nachfolger sich sehr bald als unfähig erwies, wurde Diels von Göring zurückgerufen, von Himmler zum „SS-Standartenführer“

ernannt, am 18. November zum Ministerialrat befördert und schließlich zum (kommissarischen) Polizeivizepräsidenten in Berlin bestellt. Dies letzte war aber wohl nur eine Finte Görings; anscheinend hat Diels sein neues Amt gar nicht erst angetreten.

Vielmehr beschloss am 30. November auf Görings Be-treiben das preußische Staatsministerium ein neues Gesetz über die Geheime Staatspolizei, die nun „einen selbständigen Zweig der inneren Verwaltung“ mit dem Ministerpräsidenten – also Göring – als „Chef“ bilden sollte. Dieser beauftrage mit der „laufenden (!) Wahrnehmung der Geschäfte“ den „Inspekteur der Geheimen Staatspolizei“, der „zugleich Leiter des Geheimen Staatspolizei-amts“ sei. Mit dieser Herauslösung der Gestapo aus dem Innenressort durchkreuzte Göring die Pläne des Reichsinnenministers Frick zu einer „Verreichlichung“ der Polizei. Und im Dezember fand sich Diels als Leiter des Amtes wieder, das nun auch die staatspolizeilichen Aufgaben des Ministeriums des Innern umfasste, und er reorganisierte es umfassend. Später wurde er auch förmlich „Inspekteur der Geheimen Staatspolizei“.

Im Januar 1934 erhielt Diels von Hitler persönlich des Auf-trag, Material über „die Zustände in der SA“ zu sammeln: Innerhalb der Führung der NSDAP bahnte sich ein Macht-kampf an: dessen Protagonisten waren Hitler und Ernst Röhm, der Stabschef der SA. Auch Göring fühlte sich von Röhm bedroht und glaubte, sich mit Himmler verbünden zu sollen. Der Preis dafür war, die preußische Gestapo dem Reichsführer SS zu übergeben und dafür den bei der SS inzwischen höchst missliebig gewordenen Diels zu „opfern“. So wurde Himmler, der bereits Leiter der politischen Polizeien aller anderen Länder des Reichs war, am 20. April 1934 Inspekteur der preußischen Geheimen Staatspolizei und Reinhard Heydrich sein Vertreter.

Damit begann endgültig die Herrschaft der SS, in und mit der preußischen Gestapo.

Zugleich mit der Bestellung Himmlers machte Göring am 20. April bekannt, er habe den von seinem bisherigen Amt entbundenen Diels zum Regierungspräsidenten in Köln ernannt. Die Kölner Gauleitung, die ihn nicht wollte, hatte vergeblich dagegen protestiert. Am 15. Mai nahm Diels seine Amtsgeschäfte auf.

Am 27. Juni wurde er von Göring feierlich in sein Amt eingeführt. Diels gibt davon in seinen Erinnerungen eine dramatische Darstellung: Bei der Ankunft zu seinem offiziellen Besuch in Köln habe Göring sich zunächst kategorisch geweigert, die Einführung vorzunehmen. Grund waren Fehlinformationen Heydrichs: Diels habe mit den deutschen Kardinälen „komplottiert“. Nur mit Mühe habe er (Diels) dies ausräumen und Görings Bedenken zerstreuen können.

Diels berichtet in seinen Erinnerungen weiter: Bei den Morden des 30. Juni 1934 wegen des vorgeblichen „Röhm- Putsches“ habe Göring – der in Berlin zusammen mit Himmler die „Aktion“ leitete – seinen Namen von einer Liquidierungsliste der SS gestrichen, so sei er knapp davongekommen. Das wiederum habe Heydrich als einen „Kunstfehler des 30. Juni“ bezeichnet.<sup>1</sup> Belegt ist Diels' Darstellung nicht, sie kann aber auch nicht völlig ausgeschlossen werden. Immerhin haben mehrere Historiker sie wiedergegeben.

Als Regierungspräsident agierte er ebenfalls selbstbewusst, wehrte sich gegen Übergriffe von Parteistellen, insbesondere der SA, vor allem bei der Personalpolitik. Andererseits betrieb er die Ablösung des Kölner Polizeipräsidenten Lingens, der bei der Partei in Misskredit geraten war. Er wurde durch einen SA-Führer ersetzt. Diels beklagte in aller Offenheit die „Zerbröselung der

---

1 Diels, *Lucifer ante portas*

Verwaltung“ und die Verselbständigung der Gestapo, die er aber vorher selbst betrieben hatte.

Zur Leitung des Erzbistums hielt er engen Kontakt, verfolgte aber insgesamt der Kirche gegenüber einen strengeren Kurs als sein Vorgänger.

Das Verhältnis zum Kölner Gauleiter Grohé war angespannt. Wegen seines Dauerkonflikts mit dem Oberpräsidenten, dem Essener Gauleiter Terboven, wurde Diels am 24. Juni 1936 nach Hannover versetzt.

Am 1. Mai 1937 wurde er NSDAP-Mitglied, am 20. April 1939 – dem 50. Geburtstag Hitlers – SS-Oberführer.

Nachdem er auf Betreiben des neuen Hannoverschen Gauleiters 1941 zur Disposition gestellt worden war, machte ihn Göring im März 1942 zum Generaldirektor der Reichswerke Salzgitter. Seine zweite Ehefrau Ilse ist eine Verwandte Görings. Endgültig in Ungnade gefallen und auch aus der SS ausgestoßen, bewahrte ihn die – trotz Scheidung auch der zweiten Ehe fortbestehende – Protektion Görings vor Schlimmerem.

Nach dem Krieg von den Alliierten interniert, hatte er gleichwohl einen „großen Auftritt“ als Zeuge vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg. Nach seiner Entlassung und der Entlastung im Entnazifizierungsverfahren veröffentlichte er 1949 seine stark apologetisch gefärbten, oft polemisierenden Erinnerungen „Lucifer ante portas“ in einem wenig bekannten Schweizer Verlag, 1950 leicht abgeändert bei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart.

Die näheren Umstände seines tödlichen Jagdunfalls 1957 liegen im Dunkeln.

Diels wird von verschiedenen Historikern eine „zweispältige Persönlichkeit“ attestiert. Jedenfalls war er ein hemmungsloser Opportunist und „Intrigant von hohem Grad.“<sup>1</sup> Hans-Peter Schwarz charakterisiert ihn zutreffend als „ein Lebemann und Zyniker, aber kein kleiner Geist.“<sup>2</sup> Der Botschafter Ulrich v. Hassell, von den Verschwörern des 20. Juli als Außenminister vorgesehen, beschreibt ihn als „klug, schwer durchsichtig, glühend ehrgeizig, sicher skrupellos.“<sup>3</sup> Man kann Diels die Absicht zugestehen, er habe das Regime „mäßigen“ wollen. Das aber war ein Irrglaube vieler konservativer Angehöriger der traditionellen Eliten. Bei einem Regime mit einer derartigen immanenten Tendenz zu immer größerer Dynamik und Radikalisierung konnte das nicht „funktionieren.“ Als erster Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes machte Diels diese Behörde so funktionstüchtig, dass es für Himmler und Heydrich ein fast perfektes Werkzeug für deren terroristischen Absichten war. Diels hat im Grunde in seinem Aufgabenbereich das Regime letztlich „effektiviert“.

Auf den Punkt bringt dies ein Wortwechsel mit seinem früheren Kollegen aus dem preußischen Innenministerium Robert M. W. Kempner, der wegen seiner jüdischen Herkunft emigrieren musste und beim Nürnberger Prozess stellvertretender amerikanischer Hauptankläger war:

Diels: „Sagen Sie mal Ihren Freunden (sc. im Exil), dass ich nicht der Schlimmste bin.“

Kempner: „Das werde ich nicht sagen, lieber Diels, Sie sind schlimm genug.“<sup>4</sup>

---

1 Hühne, *Zeit der Illusionen*, S.96

2 Schwarz, Adenauer, *Der Aufstieg*, S. 391;

3 Die-Hassell-Tagebücher 1938-1944, S. 324

4 Kempner, *Ankläger einer Epoche*, S. 115

**Eggert Reeder**  
Regierungspräsident von 1936 - 1945



22. 7. 1894	geboren Holmhof/Poppenbüll (Schlesw.)
10. 8. 1914	Kriegsreifepfprüfung und Kriegsdienst.
Ab Ende 1918	Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Halle und Kiel
März 1919	im Freikorps Maercker
1921	in der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP)
23. 5. 1921	1. Staatsprüfung, jur. Vorbereitungsdienst
Juli 1924	Eintritt in die preuß. Innenverwaltung nach der Großen Staatsprüfung
1926	Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP)
16. 9. 1926	Heirat mit Dora Schlieper
11. 8. 1929	Ernennung zum Regierungsrat. Ab
Aug. 1932	vertretungsweise Landrat in Segeberg, danach in Flensburg
1. 5. 1933	NSDAP-Mitglied
5. 5. 1933	Ernennung zum Landrat in Flensburg
15. 5. 1933	kommissarischer Regierungspräsident in Aachen (Ernennung im Juli);
19. 7. 1936	Versetzung nach Köln
1. 7. 1938	SS-Mitglied
1. 9. 1939	zugleich kommissarischer. Regierungspräsident in Düsseldorf
11. 5. 1940	Militärverwaltungschef in Brüssel
9. 11. 1943	SS-Gruppenführer
18. 7. 1944	Stellvertreter des Reichskommissars in Brüssel
6. 9. 1944	wieder in Köln und Düsseldorf tätig
18. 4. 1945	Kriegsgefangenschaft
1947	der belgischen Justiz überstellt und inhaftiert
9. 3. 1951	Verurteilung durch Kriegsrat in Brüssel zu 12 Jahren Zwangsarbeit; 3 Wochen später abgeschoben.
30. 7. 1951	Versetzung in den Ruhestand auf eigenen Antrag; ehrenamtliche Tätigkeit;
22. 11. 1959	in Wuppertal gestorben

Eggert Reeders Photographie zeigt einen Mann mit strenger Frisur und hochgerecktem Kinn: ein typischer preußischer Beamter? Ein Vergleich mit anderen Männerphotographien der Dreißigerjahre führt eher zu dem Schluss: es ist die Mode, vielleicht auch die Attitüde der Zeit.

Seine Eltern waren Wilhelmine, geb. Eggers, und der Gutsbesitzer und Landrat i.R. Nicolai Christian Reeder. Er stammte also wie Diels aus einer großagrarisches Familie. Nach dem „Notabitur“ am Hermann-Tast-Gymnasium in Husum war er während des gesamten ersten Weltkriegs als Reserveoffizier an der Front, wurde dreimal verwundet und mit dem „Eisernen Kreuz“ I. und II. Klasse ausgezeichnet. Wie Diels gehörte er einem Freikorps an, als Führer einer studentischen Freiwilligenabteilung des Freikorps Maercker, das in und um Halle die Spartakisten bekämpfte.

Ebenso wie Diels wechselte er nach einem Jahr als Gerichtsreferendar ins Regierungsreferendariat, und zwar beim Regierungspräsidenten Schleswig. Bereits hier bewies er Führungsqualitäten: Er vertrat mehrere Monate den Landrat von Itzehoe und war auch vier Monate kommissarisch Bürgermeister von Bad Oldesloe, wo er die kommunalen Verhältnisse ordnen konnte.

Als Regierungsassessor war er zunächst beim Landratsamt Lennep und dann beim Regierungspräsidenten Köln tätig.

Bemerkenswert ist sein Parteiwechsel 1926 von der republikfeindlichen DNVP, die in Schleswig starken Rückhalt hatte, zur DVP, der Partei Gustav Stresemanns, aus der er 1932, als die Republik in der Krise war und die DVP auch an Zuspruch verlor, allerdings wieder austrat.

Reeders Eheschließung war, wie bei Diels, eine „reiche Heirat“; auch seine – aus Elberfeld stammende – Frau war eine Fabrikantentochter.

Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten erfolgte Reeders Aufstieg bemerkenswert rasch, er passte sich aber auch der „neuen Zeit“ offenbar deutlich an: Bei der konstituierenden Sitzung des Flensburger Kreistags am 8. April 1933 sprach er von „dem neuen großen Gesamtgedanken einer gleichen nationalen Geistes- und Willenseinheit“ und schloss seine Rede mit einem Hoch auf Hindenburg und Hitler.<sup>1</sup>

Der Kreistag forderte in einer einmütigen Resolution vom preußischen Innenminister die unverzügliche Ernennung Reeders zum Landrat. Sie erfolgte einen knappen Monat später, Reeder war unterdessen der NSDAP beigetreten. Bereits nach weiteren zehn Tagen wurde er mit der Verwaltung des Regierungsbezirks Aachen beauftragt und am 15. Juli zum Regierungspräsidenten ernannt.

Seine Amtsführung war allerdings durchaus nicht „parteinah“, vielmehr an fachlichen Gesichtspunkten ausgerichtet. Sein ganzes Engagement galt dem Wohl der Einwohner, dabei insbesondere der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Er hielt Kontakt zu politisch missliebigen früheren Amtsträgern, schützte sie notfalls vor Nachstellungen der Partei. Einen von ihnen unterstützte er sogar durch Sonderaufträge. In Abstimmung mit seinem Kollegen Diels wandte er sich in Berichten mehrfach gegen eine Verselbständigung der Staatspolizei.

Ungeachtet dieser Eigenständigkeit förderte die Gauleitung Köln-Aachen Reeders Wechsel nach Köln als Nachfolger Diels' im Juli 1936. Dabei haben seine ausgeprägte fachliche Qualifikation, seine betont nationale Gesinnung“ und auch als Hintergrund eine innenpolitische Entspannung im „Olympiasommer“ eine Rolle gespielt. Bei der Amtseinführung durch den Oberpräsidenten Terboven am 14. Juli wurde er von den Behördenangehörigen mit großen

---

1 | Schartl-Koch, Landräte und Kreispräsidenten, S38

Erwartungen empfangen; viele kannten ihn ja aus früherer Tätigkeit in Köln.

Reeder seinerseits verstand es mit taktischem Geschick und durch unbedingte Loyalität, das Vertrauen des Gauleiters Grohé zu gewinnen. Die Anerkennung des politischen Führungsanspruchs des Gauleiters stellte aber gleichzeitig den Versuch dar, den eigenen Aufgabenbereich abzuschirmen.

Im Jahre 1938 erreichten ihn zwei sehr unterschiedliche Ehrungen: Am 20. Mai wurde er Großoffizier des belgischen Kronenordens, am 1. Juli ehrenhalber SS-Mitglied. Himmler wollte durch Ehrenränge für andere, vor allem höhere Funktionsträger des „Dritten Reiches“ persönliche Loyalitäten schaffen.

An dem Tag, an dem der Zweite Weltkrieg ausbrach, wurde Reeder zugleich kommissarisch Regierungspräsident in Düsseldorf, nicht nur für die Kriegszeit symptomatisch, sondern auch für den Bedeutungsverlust der Regierungspräsidenten. In dieser Zusammensetzung währte seine Doppelaufgabe aber nicht lange:

In der ersten Phase des „Westfeldzugs“ besetzten die Deutschen die Niederlande und – zum zweiten Mal in jenem Jahrhundert – auch Belgien. Reeder wurde am 11. Mai 1940 unter Freistellung von seiner Düsseldorfer Funktion Militärverwaltungschef beim Militärbefehlshaber für Belgien und Nordfrankreich in Brüssel, General v. Falkenhausen.

Die Situation in Belgien war besonders kompliziert: König Leopold III. war als „Kriegsgefangener“ im Lande geblieben, die Regierung nach London ins Exil gegangen, die Zivilverwaltung einschließlich der Ministerien blieb bestehen.

Was aus Belgien nach einem damals möglich erscheinenden deutschen Sieg einmal werden sollte, war völlig unge-

wiss. Belgien war für Hitler wegen seines frankophonen Bevölkerungsanteils in der Wallonie insgesamt kein „germanisches Land“. Das war einer der Gründe, warum in Belgien – wie in Frankreich – eine Militärverwaltung und nicht, wie in den Niederlanden, eine Zivilverwaltung mit einem Reichskommissar an der Spitze eingerichtet wurde.

In Belgien installierte Himmler auch keinen Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF). Der Beauftragte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (BdS), der Brüsseler Außenstelle des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), also der obersten zentralen Polizeibehörde des Reiches, war einer Vereinbarung mit der Wehrmacht gemäß dem Militärbefehlshaber unterstellt, er wurde aber nicht dessen Kommandostab, vielmehr dem Militärverwaltungschef zugeordnet. Diese Konstruktion führte zu einem Dauerkonflikt zwischen Reeder und Himmler um die Beherrschung des Polizeiapparats, wobei Reeder auf seiner Weisungsbefugnis beharrte.

Sein SS-Ehrenrang – seit November 1940 war er SS-Brigadeführer – stärkte ihm dabei wohl auch den Rücken.

Auch auf anderen Gebieten kam es zu ständigen Auseinandersetzungen um eine einheitlich und straff geführte Besatzungsverwaltung, wobei v. Falkenhausen und Reeder auf die Dauer eine Durchlöcherung durch Partei- und SS-Dienststellen und Sonderbeauftragte nicht verhindern konnten.

Gegenüber der belgischen Bevölkerung und der belgischen Verwaltung verfolgte die Militärverwaltung einen ambivalenten Kurs: Es gab unterschiedliche Ansätze zur Zusammenarbeit mit belgischen Stellen und Gruppierungen, die dazu oder gar zur Kollaboration bereit waren, aber auch Maßnahmen großer Härte. Von Falkenhausen suchte Kontakt zu den traditionellen Eliten, Reeder neigte zu einer „volkstümhaften Politik“, die vor allem Flandern in den Blick nahm.

Mitte Juni 1940 unterschrieben die Generalsekretäre der Ministerien als die ranghöchsten Vertreter der belgischen Verwaltung vor Ort auf Drängen Reeders ein Protokoll, das Grundsatzfragen der Zusammenarbeit festlegte. Sie erklärten sich bereit,

- die deutschen Verordnungen, sofern sie sich im Rahmen der Haager Landkriegsordnung hielten, ebenso wie die belgischen Gesetze auszuführen,
- selbst Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, sofern es sich nicht um politische Angelegenheiten handle, und
- diese Verordnungen vom Militärverwaltungschef genehmigen zu lassen.

Ungeachtet dieser „Arbeitsaufteilung“ kam es naturgemäß immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten, deshalb auch zu zum Teil starken Eingriffen in die belgische Verwaltung. Personelle „Säuberungen“ bis hinauf auf die Ebene der Generalsekretäre wurden veranlasst, gemäß dem „Führerprinzip“ Tagungen der Gemeinderäte generell verboten und auch sogar eine Universität geschlossen.

Mit der Zeit verschärfte sich die Besatzungspolitik: Als es 1942 zu politischen Streiks kam, reagierte die Militärverwaltung mit Geislerschießungen. Nachdem die Anwerbung freiwilliger Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft immer weniger Erfolg hatte, musste die Militärverwaltung unter dem Druck des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, Fritz Sauckel, am 6. Oktober 1942 eine Verordnung über den Zwangsarbeitsdienst im Deutschen Reich für Männer zwischen 18 und 50 und für unverheiratete Frauen zwischen 21 und 35 Jahren erlassen, die erheblichen Unmut und auch Widerstand auslöste.

Das Schlimmste aber, was die deutsche Besatzungsmacht zu verantworten hatte, war die Judenverfolgung in Belgien.

Bereits im Herbst 1940 kam es zu den ersten antijüdischen Maßnahmen. Da die Generalssekretäre sich sperren – zur Ehre der belgischen Verwaltung ist das hervorzuheben – erließ die Militärverwaltung selbst nacheinander insgesamt 18 „Judenverordnungen“. Sie schränkten Schritt für Schritt den Rechtsstatus, die wirtschaftliche Betätigung und die Bewegungsfreiheit der in Belgien lebenden Juden systematisch ein.

Sie betrafen insgesamt 57.000 von der Sicherheitspolizei registrierte Juden. Nur etwa 6% von ihnen besaßen die belgische Staatsangehörigkeit, die meisten waren staatenlos. Das war eine „Doppelfolge“ des Antisemitismus: In Belgien lebten viele staatenlose Juden, die ursprünglich aus Osteuropa in das Deutsche Reich eingewandert und von dort vor der nationalsozialistischen Judenverfolgung nach Belgien geflohen waren.

Im Mai 1942 wurde, nachdem Reeder sich zunächst dagegen gesträubt hatte, doch eine „Kennzeichnungspflicht“ für Juden eingeführt, der „gelbe Stern“. Mit all diesen Regelungen war der Boden bereitet für die Maßnahme, die den Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung bildete: die Deportation. Beginnend mit dem August 1942, gingen bis Juli 1944 insgesamt 27 Transporte nach Auschwitz ab, zumeist über das Sammellager Dossin bei Mechelen/Malines.

Reeder konnte in einer persönlichen Unterredung mit Himmler erreichen, dass die wenigen Juden belgischer Staatsangehörigkeit zurückgestellt wurden. Motiv hierfür war aber nicht, wenigstens einige Menschenleben zu retten, sondern, Gefährdungen der Besatzungspolitik zu vermeiden. Letztlich wurden auch die belgischen Juden – mit Zustimmung des Militärbefehlshabers – abtransportiert.

Reeder hatte ab November 1943 den Rang eines SS-Gruppenführers.

Weil viele Juden sich verstecken oder fliehen konnten oder in den Untergrund gingen, war der Anteil der Deportierten unter den in Belgien lebenden Juden im Vergleich zu anderen Ländern niedriger. Aber von den 25.000 deportierten Juden überlebten nur 1.200 die Verfolgung, alle anderen wurden ermordet.

Bis auf wenige Ausnahmen beteiligte sich die belgische Polizei nicht an Razzien. Die Deportationen wurden in Belgien fast ausschließlich von deutschen Kräften durchgeführt, vornehmlich SS und SD. Der Anteil der Militärverwaltung ist wesentlich, auch wenn die Deportationen selbst vom RSHA veranlasst worden sind: Sie hat die rechtlichen Vorbedingungen geschaffen und auch Personal für die Durchführung gestellt. Die Berichte des Militärverwaltungschefs über die Deportationen sind von beklemmender Ungerührtheit.

Im Juli 1944 wurde doch noch eine Zivilverwaltung in Belgien eingerichtet mit Gauleiter Grohé als Reichskommissar, für nur eineinhalb Monate bis zum deutschen Rückzug. Reeder blieb als Vertreter.

Ab September war er noch einige Zeit als Behördenleiter in Köln und Düsseldorf tätig, bis er im April 1945 kriegsgefangen, im Sommer 1947 der belgischen Justiz überstellt und inhaftiert wurde.

Der „Conseil de Guerre“ in Brüssel verurteilte am 9.3.1951 v. Falkenhausen und Reeder wegen Kriegsverbrechen, darunter wegen Geislerschießungen und der Beteiligung an der Deportation von 25 347 Juden zu jeweils 12 Jahren Zwangsarbeit. Er unterstrich, die Anklage lege ihnen nicht den Tod der Opfer der Deportationen zur Last, und billigte ihnen in bemerkenswertem Maße Milderungsgründe zu. Der Staatsanwalt hatte 20 Jahre gefordert. Drei Wochen nach dem Urteil wurde Reeder in die Bundesrepublik abgeschoben.

Aus heutiger Sicht macht erstaunen, dass im Juli 1951 Bundeskanzler Adenauer v. Falkenhausen und Reeder empfing, „um ihnen seinen Dank für die ihre Haltung während des Prozesses auszusprechen...auch für die Bereitschaft, im Interesse einer Bereinigung des deutsch-belgischen Verhältnisses auf jede Berufung gegen das Urteil zu verzichten.“<sup>1</sup>

Reeder war offenbar ein in Ehren gehaltener Mann; im Ruhestand hatte er hohe Funktionen im Bund der Steuerzahler.

In den meisten früheren Publikationen wird er recht milde beurteilt. In neueren dagegen wird er sehr kritisch gezeichnet. Die Zustände in dem ihm unterstellten Lager Breendonk und vor allem seine Rolle bei der Deportation der in Belgien lebenden Juden werden ihm angelastet. Damit kommen die negativen Seiten von Reeders Persönlichkeit zu Recht stärker in den Blick. Der hervorragende Verwaltungsfachmann mit der ausgeprägten Eigenschaft, sich für seine Mitarbeiter einzusetzen, war doch überaus autoritär geprägt, bereits vom Elternhaus, dazu von den Erfahrungen aus Krieg und Nachkriegswirren. Ein Mann der formalen Ordnung, war er „statischem Denken verhaftet.“<sup>2</sup> Als die Nationalsozialisten den Staat eroberten, passte er sich an und übernahm auf seinem Niveau deren Phraseologie. Er war sicher kein fanatisches Parteimitglied, es war bekannt, dass er „von brutalen Gewaltmaßnahmen ... (wenig) hielt.“<sup>3</sup>

Aber das verhinderte nicht, dass er an den Verbrechen des Regimes beteiligt war, wohl weil er – zugespitzt formuliert – dem Typ des kalten Funktionierers darstellte. Ungeachtet des Bemühens um Mäßigung hat er die Eroberungspolitik des Regimes gestützt, und abgesehen von temporärem Widersprechen, hat er antisemitisches Vernichtungsprogramm umgesetzt.

---

1 August Klein, Festschrift Regierungsbezirk Köln, S. 115

2 Günter Plum, Staatspolizei und innere Verwaltung, S. 207

3 Carlo Schmid, Erinnerungen, S. 192

## Literatur

### Verzeichnis der zitierten Literatur:

Die Hassell – Tagebücher 1938-1944

Ulrich von Hassell, Aufzeichnungen vom Andern Deutschland  
hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988

DIELS, RUDOLF,

Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo  
Stuttgart 1950

HÖHNE, HEINZ,

Die Zeit der Illusionen, Düsseldorf – Wien – New York 1991

KEMPNER, ROBERT M.W.,

Ankläger einer Epoche, Lebenserinnerungen. Berlin 1986

KLEIN, AUGUST,

Die Kölner Regierungspräsidenten 1816–1966 - Ihr Leben  
und Wirken, in: 150 Jahre Regierungsbezirk Köln, Berlin  
1966, S. 62 ff (S. 111 ff), enthält die meisten biographi-  
schen Angaben zu allen drei Regierungspräsidenten, lässt  
aber Reeders Beteiligung an der Verfolgung der Juden in  
Belgien und deren Deportation unerwähnt.

PLUM, GÜNTER,

Staatspolizei und innere Verwaltung 1934 – 1936, in: Viertel-  
jahreshefte für Zeitgeschichte, 13. Jahrgang 1965, S.191 ff

SCHARTL, MATTHIAS,  
KOCH, CLAUDIA,

Landräte und Kreispräsidenten im Kreis Schleswig-Flensburg 1867 – 2008. Eine Kreisgeschichte in 35 Lebensläufen, Schriftenreihe der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg, Band 10, Schleswig 2009

SCHMID, CARLO,

Erinnerungen, Bern München Wien 1979

SCHWARZ, HANS-PETER,

Adenauer: der Aufstieg 1976 – 1952, Stuttgart 1986

### **Literaturhinweise:**

BRACHER, K. D.,

Die Auflösung der Weimarer Republik, 5.Aufl., Villingen 1971

BRACHER, KARL DIETRICH,

SAUER, WOLFGANG,

SCHULZ, GERHARD,

Die nationalsozialistische Machtergreifung – Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Zweite, durchgesehene Aufl., Köln – Opladen 1962

BROSZAT, MARTIN,  
 Der Staat Hitlers: Grundlegung und Entwicklung seiner  
 inneren Verfassung, 10. Aufl., dtv München 1983

FEHRMANN, FRIEDRICH,  
 Die Regierungspräsidenten seit 1923, in: 150 Jahre Re-  
 gierung und Regierungsbezirk Aachen. Beiträge zu ihrer  
 Geschichte, Aachen 1967, S. 329 ff (335 f) (nur zu Reeder,  
 mit derselben Lücke wie Klein, s.o.)

FRIEDLÄNDER; SAUL,  
 Das Dritte Reich und die Juden, Sonderausgabe des zwei-  
 bändigen Werkes Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939  
 Die Jahre der Vernichtung 1939 – 1945 München 2007, S.  
 804 f

HILBERG, RAUL,  
 Die Vernichtung der europäischen Juden Band 2,  
 durchgesehene und erweiterte Ausgabe Frankfurt 1990  
 Der Vernichtungsprozeß (Teil 2), Belgien S.631ff  
 (Angabe des Strafmasses für Reeder – 20 Jahre - aller-  
 dings unrichtig)

MATZERATH, HORST,  
 Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 – 1945  
 Band 12 der Geschichte der Stadt Köln im Auftrage der  
 Historischen Gesellschaft Köln e.V.  
 hrsg. von Werner Eck, Köln 2009,  
 Abschnitt 3 b, Der Staatsapparat in der Hand der Natio-  
 nalsozialisten  
 Regierungspräsident: Vertreter des Staates oder Vasall  
 der Partei, S. 125 ff

WEHLER, HANS-ULRICH,  
Deutsche Gesellschaftsgeschichte  
Vierter Band, Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur  
Gründung der beiden deutschen Staaten 1914 – 1949

WINKLER, HEINRICH AUGUST,  
Der lange Weg nach Westen,  
Erster Band, Deutsche Geschichte vom Ende des Alten  
Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik  
Zweiter Band, Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“  
bis zur Wiedervereinigung  
6. Auflage, München 2005

WINKLER, HEINRICH AUGUST,  
Weimar 1918 -1933, Die Geschichte der ersten deutschen  
Demokratie, 2.Aufl., München 1994

THAMER, HANS-ULRICH,  
Der Nationalsozialismus, Stuttgart, Reclam, 2002  
Universalbibliothek 17037

THAMER, HANS-ULRICH,  
Verführung und Gewalt: Deutschland 1933 – 1945, in: Die  
Deutschen und ihre Nation, Band 5, Berlin 1986



Foto: Köln Regierungsgebäude Zeughausstraße, 1940, RBA 049977



Foto: Köln Regierungsgebäude, Zerstörungszustand, teilzerstörter Ostflügel, Zeughausstraße, 1943, RBA 056190



Bezirksregierung Köln  
Zeughausstraße 2-10  
50667 Köln

Telefon 0221/147-0  
Fax 0221/147-3185  
eMail [poststelle@brk.nrw.de](mailto:poststelle@brk.nrw.de)  
[www.brk.nrw.de](http://www.brk.nrw.de)

